

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 59 (1979)
Heft: 6

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

STABILE WECHSELKURSE ODER STABILE PREISE?

Am 13. März 1979 ist das neue *Europäische Währungssystem* in Kraft getreten. Damit erfolgte eine wichtige Weichenstellung in der internationalen Währungspolitik, die auch für die Schweiz als aussenwirtschaftsabhängiger Kleinstaat weittragende Auswirkungen haben wird. In gewissem Sinn gesellen sich damit den verhältnismässig jungen Problemen des Floating wieder eine Reihe von alten Fragen hinzu, die das Verhältnis zwischen *Währungsstabilität und Preisstabilität* berühren und sich seinerzeit schon unter der Währungsordnung von Bretton Woods als kaum lösbar erwiesen haben. Kurzfristig ist das neue System sicher geeignet, die hysterischen Wechselkursausschläge zu dämpfen. Ob der Preis dafür in Form einer wiederaufflackernden Inflation aber auf längere Sicht nicht allzu hoch sein wird, kann erst die Zukunft lehren. Luppenreine Lösungen sind auch in der Währungspolitik kaum zu finden.

Europäische Grundfragen

Von den vielen Fragen, welche die europäische Szene bewegen, ist zunächst das *Verhältnis zu den Vereinigten Staaten* zu nennen, deren isolationistische Neigungen sich im politischen und wirtschaftlichen Bereich äussern. Die vom Vietnamkrieg und einer überdrehten Wohlfahrts- politik im Innern ausgelöste Inflation

liess den Aussenwert des Dollars beschleunigt sinken, was die Amerikaner *allzulange ungerührt* liess, obwohl ihre Währung auch nach dem Zusammenbruch der Währungordnung von Bretton Woods wichtigste Reserve- und Handelswährung zahlreicher Länder blieb und nicht nur als Zahlungsmittel innerhalb der USA diente. Die seit dem November 1978 mit dem Einsatz von gegen 7 Milliarden Dollar bekräftigte Bereitschaft, den Dollar endlich aktiv zu verteidigen, bildet keinen Gegenbeweis, zielt sie doch primär darauf hin, einer weiteren Importverteuerung aus *innenpolitischen* Gründen Einhalt zu gebieten. Damit ist es immerhin gelungen, den Zerfall des Dollarkurses trotz weiterer Ölpreissteigerungen zu bremsen. Mit dem Dollarwert bröckelte aber auch das europäische Vertrauen in die Willenskraft der Schutzmacht ab. Die Befürchtung verstärkte sich, dass Washington die Entspannung mit Moskau auf Kosten Europas suchen könnte, statt auf dem Weg eines echten Gleichgewichts der gegenseitigen Zugeständnisse. Dass man daneben dem Rückzug der Amerikaner von ihrer Rolle als Weltpolizisten vielerorts Beifall zollte, gehört freilich zu den paradoxen Erscheinungen unserer zerrissenen Zeit: der Mensch ist immer wieder bereit, an den falschen Stellen seiner eigenen Tragikomödie zu klatschen.

Ein anderes europäisches Problem ist uralt. Europa wird immer wieder

von zwei gegenläufigen Strömungen beeinflusst: vom Prinzip des *Gleichgewichts der Kräfte* oder, umgekehrt, von echten oder vermeintlichen *Hege monieansprüchen* einzelner Nationen, die zu latent gespannten Verhältnissen führen. Als die Bundesrepublik Deutschland ihre Beziehungen zum Osten regelte, blieb das nicht ohne Wirkung auf Frankreich, das sich unterschwellig wieder vor der dynamischen Kraft seines Nachbarn und dessen Übergewicht im europäischen Konzert zu fürchten begann. So willigte Paris endlich ein, das geschwächte England als Gegengewicht in die EWG aufzunehmen. Leider reichte das nicht aus, um die Erinnerung an den einstigen deutsch-russischen Ausgleich von Rapallo völlig zu löschen. Es schien daher immer deutlicher notwendig, den Anlauf zur *europäischen Integration* zu erneuern, die sich in der Brüsseler Papierflut im Kreise herumdreht. Wenn sich die politische Stabilität nicht durch ein Gleichgewichtssystem nach altem Muster aufrechterhalten lässt – und das ist seit dem Untergang der Donaumonarchie und wegen der Schwäche Englands kaum mehr gegeben –, dann drängt sich eben die Integration als *inneres Gleichgewicht* im föderalistischen Rahmen eines Europas der Vaterländer auf.

Hier liegt denn auch die hochpolitische Wurzel des Europäischen Währungssystems, die zwar einiges mit dem Geldwert, aber noch viel mehr mit dem europäischen Ordnungs- und Vertrauenssystem zu tun hat. Dieser Aspekt dürfte für *Giscard d'Estaing* als Schüler *de Gaulles* im Vordergrund stehen. Der deutsche Bundeskanzler *Helmut Schmidt*

konnte sich dieser Auffassung aber erst anschliessen, als für ihn noch das wichtige Motiv hinzutrat, ein Gegengewicht zum Dollar zu schaffen. Trotz aller offiziellen Dementis geht es doch darum, die Schutzmacht jenseits des Atlantiks indirekt zu zwingen, den Blick nicht von Europa abzuwenden und sich ausschliesslich ihren eigenen Interessen im Mittleren Osten oder in China zu widmen. Je stärker Europa wirtschaftlich integriert ist, desto eher kann es halbwegs gleichwertig gegenüber den Supermächten auftreten und eine Rolle als dritte Macht ausüben. Daraus könnte im Laufe der Zeit statt des historischen europäischen ein neues *globales Gleichgewicht* entstehen, das dem Weltfrieden wohl dienlicher wäre als die allgemeine Zersplitterung.

Der Streit um die richtige Wirtschaftsordnung

Eine echte Integration bedingt eine Einigung über die gemeinsam anzustrebende Wirtschaftsordnung. Das ist beim innenpolitischen Patt zwischen links und rechts, das für manche Länder kennzeichnend ist, überaus schwierig. Aber auch die Wissenschaften singen hier keine einstimmigen Lieder. So ist der Gegensatz zwischen den Anhängern einer monetär gesteuerten *Marktwirtschaft* und den Verfechtern eines wohlwollenden *Staatsinterventionismus* breiter denn je. Die jüngste Krise hat zahlreiche Arbeitskräfte freigesetzt und dem Beschäftigungsproblem brennende Aktualität verliehen. Dabei hoffen die einen, durch mehr Geld und damit auch mehr Inflation die Nachfrage

anzuregen und mehr Arbeitsplätze zu schaffen, ohne das Tempo der Wohlfahrtspolitik bremsen zu müssen. Und die andern sind der Ansicht, dass zunächst der innere Geldwert stabilisiert werden müsse, bevor neue Investitionen unternommen würden, die echte Gewinne abwerfen. Parallel dazu öffnet sich der Gegensatz zwischen den Anhängern der Arbeitszeitverkürzung und deren Gegnern, die auf die steigenden Kosten hinweisen, die dazu zwingen, weitere Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Diese Unterschiede beherrschen seit langem die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung; so fordern französische Kreise derzeit, dass man sich in Europa auf die 35-Stunden-Woche einige, während andere Stimmen vehement eine bessere Inflationsbekämpfung verlangen, was nur denkbar ist, wenn die Haushaltdefizite vermindert und die Geldmengen gedrosselt werden.

Die national unterschiedliche Wirtschaftspolitik bewirkt ein starkes *Auseinanderfallen der Inflationsraten*. Diese werden für 1979 auf über 12 % für Italien, gegen 10 % für Frankreich und Grossbritannien, 5 % für Belgien und die Niederlande, gegen 4 % für Deutschland und Österreich und 3 % für die Schweiz vorausgesagt. Entsprechend gross könnten sich die Wechselkursausschläge entwickeln, wenn kein regulierendes Währungssystem bestehen würde. Doch kann dieses System vorerst nur ein Palliativmittel sein. Die Wechselkursstabilität ist eben – und hier liegt das echte *Dilemma* – nur möglich, wenn zunächst überall stabile Binnenpreise erzwungen werden. Das fällt demokratischen Regierungen schwer,

die vom Wohlwollen ihrer Wähler abhängig sind, die höhere Staatsleistungen, steigende Nominaleinkommen und tiefere Zinsen fordern. Länder, die exportieren und importieren müssen, um zu überleben, laufen stets Gefahr, in eine *Schaukelpolitik* zwischen stabilen Wechselkursen und stabilen Binnenpreisen gedrängt zu werden, um dabei am Ende weder das eine noch das andere zu erreichen.

Diese Problematik erfährt eine zusätzliche Verschärfung durch die Abhängigkeit Europas von den Rohstoffen und Energieträgern der *Entwicklungsländer*, aber auch von deren Bedeutung als Abnehmer von Industriegütern. Das zwingt Europa, seinen Wohlstand zu bremsen und die Entwicklungshilfe auszudehnen, entweder freiwillig oder gezwungen durch höhere Rohstoffpreise oder durch die schwindende Kaufkraft der überseesischen Käufer. Natürlich kann man diesen Prozess durch die Gewährung immer grösserer Kredite hinausschieben. Aber die *Weltverschuldung* ist heute schon bedrohlich gross geworden, was zusätzliche Inflationsquellen schafft: ungedeckte Checks sind keine problemlosen Zahlungsmittel.

Die währungspolitische Integration

Als im Herbst 1977 der Dollar abrupt zu fallen begann, regte *Roy Jenkins* eine Wiedererweckung der Pläne für ein eigenständiges europäisches Währungssystem an. Im Sommer einigten sich die Regierungschefs in Bremen, einen neuen Anlauf zu wagen. Sie beauftragten die Experten, die Einzelheiten auszuarbeiten. Angesichts der

vielen innenpolitischen Sachzwänge und der begründeten Skepsis der Fachleute gegenüber einer Art von «Mini-Bretton-Woods» machten sie sich teilweise nur widerwillig an diese schwierige Aufgabe heran. Grundsätzlich beschloss man, eine makroökonomische *Recheneinheit*, den ECU, zu schaffen, die als Richtschnur für feste Paritäten dient, deren Schwankungsbreite innerhalb des Kursgitters auf $\pm 2\frac{1}{4}\%$ begrenzt ist; dabei gestand man Italien einen Spielraum von $\pm 6\%$ zu.

Bei einseitigen Markteinflüssen sind die Partner verpflichtet, durch Kursinterventionen einzugreifen, wofür ihnen ein überaus massives Potential kurz- und mittelfristiger Kredite zur Verfügung steht. Bei andauernden Ungleichgewichten sind gegenseitige Konsultationen über Zahlungsbilanzmassnahmen oder Paritätsänderungen vorgesehen. Trotz der ausgeklügelten Konstruktion für die Feinsteuerung konnten aber die schon bei den Beratungen des *Werner-Plans* 1970/71 zutage getretenen Schwierigkeiten nicht überbrückt werden. So bleibt die nationale *Souveränität* vorerhand ebenso unangetastet wie das damit zwangsläufig verbundene *Defizit- und Inflationsprivileg* der Partner. Von der Schaffung eines europäischen Federal Reserve Systems mit supranationalen Vollmachten ähnlich dem amerikanischen kann einstweilen keine Rede sein. Dabei sind im Grunde genommen nicht die technischen Steuerungsregeln massgebend, soviel Spass auch jene daran finden, die mit ingenieurhaftem Denken an diese Dinge herangehen. Sonst entscheidend bleibt die Frage, ob es den Partnern gelingt, sich über eine

allmähliche *Gleichrichtung ihrer Wirtschaftspolitik* zu einigen. An Lippensbekennissen dazu fehlt es nicht. Ob sie durch die innenpolitischen Sachzwänge bestätigt werden, ist eine andere Frage. Das deutsche Bundesbudget weist jedenfalls bereits wieder ein kräftig erhöhtes Defizit auf, und Frankreich wird ebenfalls Mühe haben, die Inflation zu vermindern und dadurch kurzfristige soziale Spannungen in Kauf zu nehmen, die sich zu den speziellen Strukturschwächen etwa in der Stahlindustrie hinzugesellen. Alles in allem ist deshalb die Befürchtung nicht grundlos, dass die Währungsgemeinschaft nach Ablauf einer gewissen Einführungszeit zur *Inflationsgemeinschaft* wird, bei der die niedrigen Inflationssätze stärker steigen als die höheren Inflationsraten sinken.

Schweizerische Wahlfreiheit?

Die bisherige Lagebeurteilung stimmt nicht übertrieben optimistisch, darf aber auch nicht als abgrundtiefer Pessimismus missverstanden werden. Das Europäische Währungssystem ist ein Menschenwerk und muss trotz seiner Webfehler als Ganzes betrachtet werden. Welche Haltung soll ein Aussenseiter wie die Schweiz einnehmen? Die Wechselkursentwicklung und vor allem das Tempo der Ausschläge bilden angesichts des hohen Einfuhrbedarfs und der wichtigen Bedeutung der Exportwirtschaft und des Tourismus eine ausgesprochene *Schicksalsfrage*. Schon von dieser Betrachtung her ist die Autonomie eng begrenzt: Volksbeschlüsse, wonach die Wechselkurse stabil, die

Binnenpreise gleichbleibend, die Vollbeschäftigung gesichert und die Löhne steigend sein sollen, erwachsen vor den internationalen Märkten und den Wirtschaftsgesetzen nicht in Rechtskraft. Eine isolationistische Politik kann daher auf die Dauer kaum durchgehalten werden. Das wäre etwa so, wie wenn 1850 Basel auf die Frankenwährung verzichtet hätte.

Gesamthaft haben wir deshalb ausser der «unsplendid isolation» nur zwei *Optionen*: den *freiwilligen Anschluss* durch eine autonom erklärte Kooperation oder den Versuch eines *offiziellen Beitritts*. Die letztgenannte Lösung kommt angesichts der wichtigen politischen Komponente des Europäischen Währungssystems kaum in Frage, selbst wenn sie bei den Mitgliedstaaten unerwarteterweise auf Gegenliebe stiesse. Daher bleibt eigentlich nur der Weg der freiwilligen Angleichung. Es wird darum gehen, durch entsprechende *Notenbankinterventionen* den Frankenkurs im Verhältnis zur DM und damit auch zu den übrigen Mitglieder-Währungen einigermassen stabil zu halten. Allerdings wird mit jeder Kursintervention die Geldmenge verändert, deren Bewegung unweigerlich die Preise, Löhne und Kosten beeinflusst. Hier liegt die Crux des Problems.

In jüngster Zeit hörte man oft, eine aus wachsenden Devisenmarktinterventionen entstandene Geldmengenausweitung werde erst dann inflations-

virulent, wenn eine *Nachfrageerhöhung* eintrete. Das mag ganz kurzfristig stimmen. In längerfristiger Sicht gehören solche Thesen aber zu den Ammenmärchen, und dass sie auch von angesehenen Wissenschaftern weitererzählt werden, macht sie nicht richtiger. Sobald die Wirtschaft steigende Preise befürchtet, beginnt sie eben ihre Einkaufsdispositionen anzupassen, womit der inflationäre – oder schlimmstenfalls stagflationäre – Prozess seine bekannte eigenständige Entwicklung nimmt: die Wirtschaft ist kein mathematisch ablaufendes Geschehen, sondern wird in hohem Masse von Gefühlen und Erwartungen gesteuert. Daher ist auch das *Europäische Währungssystem kein harmloses Medikament*, das ungeachtet der Wirkungen verabreicht werden kann. Die Notenbanken werden deshalb die Geldmengenentwicklungen im Auge behalten müssen. Der frühere amerikanische Aussenminister *Henry Kissinger* schrieb in seinem Werk über die Zeit Metternichs: «Nationen lernen nur aus Erfahrung und ‚wissen‘ die Dinge erst, wenn es zum Handeln schon zu spät ist.» Man sollte meinen, dass die Erfahrungen der letzten Jahre noch genügend frisch seien, um weiterhin der *Preis- und Kostenstabilität* den Vorrang vor allen andern Anliegen und insbesondere vor einer *Verabsolutierung* stabiler Wechselkurse einzuräumen.

Heinz R. Wuffli

DEUTSCHE WINDSTILLE

Über der Bundesrepublik Deutschland liegt keineswegs, wie ratlose Beobachter häufig urteilen, ein Hauch von Unwirklichkeit. Zwischen Flensburg und München geht es vielmehr sehr handfest und realistisch zu; die einzelnen sind ihrer Interessen wohl bewusst und unverstellt auf ihren Vorteil aus. Man wird schwerlich eine Epoche finden, in der weniger Idealismus und weniger Illusionen geherrscht, in der Vorbild und Verpflichtung, Traum und Einbildung weniger galten, in der facts and figures so einschränkungslos anerkannt wurden wie in der Gegenwart. Der – irrite – Eindruck der Unwirklichkeit entsteht vielmehr dadurch, dass bestimmte Merkmale zu anderen nicht passen, ja einander auszuschliessen scheinen. Ein russischer Romancier charakterisierte einmal eine seiner Personen mit der Bemerkung, sie habe, wie man im Russischen sage, «ein schlecht zusammengehaftes Gesicht», die einzelnen Partien fügten sich nicht zueinander; die schmächtigen Wangen gehörten nicht zu der eingedellten Nase, die in die Ferne flüchtenden Augen kontrastierten mit den zusammengepressten Lippen. So erscheint auch das Bild der Bundesrepublik gegenwärtig schlecht zusammengenäht, die einzelnen Äusserungen passen nicht zueinander, schliessen sich gar aus. Beispielsweise haben die Deutschen Anlass, zufrieden zu sein und sind es auch, zugleich aber bestimmt ein schlechendes Malaise, ein erklärttes Ungenügen an der Gegenwart, ein

Suchen nach Selbstverwirklichung das Bewusstsein der Zeitgenossen. Oder sie sind sich zunehmend der neuen Stärke ihres Landes bewusst, versuchen sie aber gleichzeitig wegzidisputieren oder wenigstens zu ignorieren.

Zufriedenheit – Unzufriedenheit

In Führungskreisen der CDU, die die stärkste Partei ist, werden die Aussichten für die Bundestagswahl 1980 mit einer gewissen Skepsis beurteilt. Dafür werden mehrere konstellative Ursachen genannt, um deren Beseitigung die Politiker bemüht sind: so die Person des gegenwärtigen Parteivorsitzenden Helmut Kohl, der trotz aller Verdienste nicht als gleichgewichtiger Herausforderer Helmut Schmidts angesehen wird, für den es aber keine zwingende Alternative gibt. So das Wahlsystem, das Regierungswechsel fast niemals durch veränderte Wahlergebnisse hervorbringt («it's time for change»), hingegen zur Funktion von Koalitionswechseln macht. Der kleinen dritten Partei, der FDP, wächst dadurch als Zünglein an der Waage eine übertrieben starke Stellung zu. Wenn die FDP sich aber schon vor der Wahl auf ihren «natürlichen» Partner, die SPD, festgelegt, sich also der Auffassung der Opposition zufolge als Blockpartei verhält, so sei angesichts des insgesamt stabilen Wählerverhaltens ein Regierungswechsel äusserst erschwert. Durch die Fünf-Prozent-Klausel aber

ist das Parteispektrum bis zur Erstarrung stabil. Weder den Grünen, Bunten oder Alternativen Listen noch den radikalen Gruppierungen von links oder rechts noch neuen poujadistischen Gründungen wie Fredersdorfs Bürgerpartei werden ernsthafte Chancen zuerkannt. Ob aber Strauss mit einer bundesweiten CSU die Einheit der überkonfessionellen Union, eine der grossen Errungenschaften der Adenauer-Zeit, für kurzfristige Gewinnchancen riskieren will, ist weiterhin fraglich.

Als entscheidendes Hindernis auf dem Weg zu einem Sieg gilt vielen Unionspolitikern aber die Tatsache, dass die Deutschen mit den Verhältnissen zufrieden sind und einer Alternative gar nicht bedürfen. Auf der Hannover-Messe hatten selbst die Unternehmer angesichts gefüllter Auftragsbücher und der relativen Währungsstabilität Mühe, den allgemeinen Optimismus zu dämpfen. Die Oldrohung schwelt zwar weiter über dem Konjunkturaufschwung, aber des Wirtschaftsministers Leitwort «Besser teures als kein Öl» erscheint als Schlüssel zu erfolgreicher Zukunft, an der die verantwortliche Politik der Gewerkschaften ihren massgeblichen Anteil hat. Mit oder ohne «konzentrierte Aktion» – das Trio Staat, Unternehmer, Gewerkschaften hat den wirtschafts- und sozialpolitischen Konsensus nicht aufgekündigt. Der soziale Friede erscheint allen Beteiligten als gleich hohes Gut. Arbeitskämpfe, wie sie zuletzt in England an der Tagesordnung waren, erscheinen selbst harten deutschen Gewerkschatern in ihrem ideologischen Fanatismus als unverständlich, weil kontraproduktiv. Die Arbeitslosigkeit bleibt

zu hoch, aber ihre negativen Effekte konnten bisher durch sozial- und bildungspolitische Massnahmen abgefangen werden. Die Studentenrebellion ist überwunden, die Jugend verhält sich angepasst, man kann 1968 vergessen. Die Atomdiskussion schleppt sich fort, wird aber wohl in die erwünschten Bahnen kanalisiert. Im Kampf gegen den Terrorismus sind Schlachten gewonnen worden, wenn auch der Sieg nicht erfochten ist. Kurz, der von der Auslandsferienreise heimkehrende, Vergleiche anstellende Bundesbürger betrachtet sein Land mit Selbstzufriedenheit, und es scheint ihm durchaus gerechtfertigt, vom «Modell Deutschland» zu sprechen.

Und dennoch kann sich der gleiche Bürger eines geheimen Unbehagens, einer Ritt-über-den-Bodensee-Stimmung nicht erwehren, die zum vordergründigen Wohlbefinden nicht passt. Wird der Wohlstand dauern? Werden wir mit der atomaren Herausforderung fertig werden? Und was wird mit der nächsten Generation, deren – gleich, ob konfrontatives oder resignatives – Verhalten vielen Älteren wie dasjenige von Marsmenschen erscheint? 20 Prozent der Jugendlichen haben sich Schätzungen von Fachleuten zufolge dem staatlichen und gesellschaftlichen Leben völlig entfremdet. Und immer häufiger trifft man auf einen geradezu zynischen «Nach uns die Sintflut»-Indifferentismus: Ein für die Beharrlichkeit bei der Verfolgung seiner Aufgaben bekannter Beamter in hoher Position beendete einen sehr pessimistisch gehaltenen «tour d'horizont» mit der plötzlich frohgemutten Bemerkung: «Ist ja gleich, für unsere Zeit reicht's

noch.» Diese häufig anzutreffende Einstellung mag angesichts der apokalyptischen Aussichten, die etwa der «Club von Rom» dem Zeitgenossen vorhält – zu verhungern, von Umweltschäden vergiftet, atomar pulverisiert oder von Massen erdrückt zu werden – begreiflich sein; alarmierend ist dennoch der rasante Schwund der Zeitdimension. Die Zukunft wird zugemauert, der Mensch wird ein Wesen, wenn nicht ohne Eigenschaften, so doch ohne Geschichte. Es ist die Parallele zu dem oft beklagten Verlust der historischen Dimension; man weiss sich nicht mehr bestimmt durch das Gewesene oder Gewordene, verliert die individuellen Wurzeln. Der Deutsche fühlt sich wie ein Blatt im Winde des Geschehens, wird in der Horizontale dahin und dorthin geweht, von äusseren Umständen konditioniert, ohne sich aus der Vertikale der Hoffnung identifizieren zu können. Der in jüngster Zeit zu beobachtende Verlust der Zukunft ist nicht minder schlimm, denn jetzt fehlt der Vorentwurf, der Auftrag, die Aufgabe, durch die der Mensch Halt und Orientierung gewinnt. «L'homme surpassé l'homme» lehrte Pascal in überraschender Modernität, 200 Jahre bevor Nietzsche den Übermenschen kündete. Kein solches Ziel beschwingt den Zeitgenossen.

Dieses oft diagnostizierte Sinndefizit wird nun – nicht zuletzt von der Opposition – der Regierung angelastet, die versäumt hätte, der Bevölkerung Orientierung und Sinn zu vermitteln. Diesen Vorwurf weist der derzeitige Bundeskanzler mit Entschiedenheit zurück, schon weil er sich von den anfangs begeisternden, alsbald aber enttäuschten Visionen

Willy Brandts («Mehr Demokratie wagen») absetzen muss und sich darum als «Macher» und Fachmann (Weltökonom) mit begrenzten, nämlich nur politischen Kompetenzen profiliert und sich «sinnproduzierender» (Schelsky) Aufgaben grundsätzlich enthält; der Politiker sei weder Prophet noch Philosoph. Die Regierungsverantwortlichen hätten das Wohl des Staates zu fördern, nicht den metaphysischen und moralischen Lebensrahmen der Nation abzustecken.

Ende der Alternativen

Diese Selbstbegrenzung des Politikers ist fraglos achtenswert. Dennoch kann sich Politik nicht aufs nur Operative beschränken, sondern bedarf langfristiger politischer Zielsetzungen und Perspektiven. Die Bundesrepublik befindet sich da in einer objektiv schwierigen Lage. Als nächstliegende politisch-historische Aufgabe, die zugleich Verfassungsauftrag ist, stellt sich die Wiederherstellung der nationalen Einheit. Doch fehlt es diesen Anliegen angesichts der – trotz Entspannungsrhetorik prinzipiell unveränderten – europäischen Teilung an wirklicher Aktualität. Kein nationales Aufbegehren, sofern derlei überhaupt in den Stil der Zeit passt, ist wahrzunehmen; keine Stimme mit Autorität erhebt sich; keine Strömung aus den Seelentiefen des Volkes ist zu verspüren. Keine Alternative wird auch nur diskutiert, seit Egon Bahrs «Wandel durch Annäherung» von der Abgrenzungspolitik der SED ad absurdum geführt wurde. Alles bleibt mangels erkennbarer Bewegungsoptionen beim alten: Offenhalten der

deutschen Frage, Vier-Mächte-Verantwortung, DDR kein Ausland, *eine* deutsche Staatsangehörigkeit, Warten auf eine Lösung im europäischen Rahmen, inzwischen Intensivierung menschlicher Kontakte, Normalisierung, deren fortgesetzte Notwendigkeit die immer wiederkehrende Versteifung der DDR-Politik verdeutlicht, wie zuletzt die Erschwerung der Arbeitsbedingungen der Westkorrespondenten, die später wieder aufgehobenen Drangsalierungen Havemanns, das Ausreiseverbot für Stefan Heym, die Rücknahme der stillschweigend gewährten Erlaubnis, von den Parteiorganen abgelehnte Werke von DDR-Schriftstellern im Westen zu veröffentlichen. Jeder Hauch von Liberalität münzt sich als Existenzgefährdung des illiberalen Systems aus und verurteilt die Bundesrepublik zu sisyphusartigem Neubeginn.

Nichts macht den Immobilismus in der Deutschlandpolitik deutlicher als die semantischen Verrenkungen in der Diskussion, ob der Begriff «Wiedervereinigung», wie Wehner von Brandt sekundiert meint, überholt sei und durch Neuvereinigung ersetzt werden sollte. Stünde eine neue Idee, ein weiterführender Lösungsvorschlag hinter der Formel, man würde aufhorchen. Doch alles war nur Wahlkampf.

Substantieller ist die zweite Aufgabe, die sich den Bonner Politikern stellt, nämlich der erstarkten Bundesrepublik eine ihrer Möglichkeiten entsprechende weltpolitische Rolle und Führungsposition zu sichern. Darüber wird seit Jahren in akademischen Zirkeln diskutiert, inzwischen nehmen sich bereits die Illustrierten der Frage an.

Generationswechsel

Die Generation Scheel-Schmidt-Strauss verhält sich gegenüber den immer dringender werdenden Forderungen, die Deutschen sollten insbesondere in der EG und in der NATO mutiger auftreten und sich deutlicher profilieren, mit äusserster Zurückhaltung. Angesichts ihrer Vergangenheitsbelastung und ihrer nationalen Verletzlichkeit hat sich diese Generation einem *low profile*, einer diskreten und geschmeidigen Diplomatie verschrieben. Im Auswärtigen Amt gilt noch immer die Massgabe, dass man eigene Interessen am besten durch befreundete Regierungen vorantreibt. Deutsche Projekte haben die besten Aussichten, wenn sie von Luxemburg initiiert werden. Diese politische Philosophie ist auch Helmut Schmidt eigen, dessen stürmisches Auftreten zu Beginn seiner Kanzlerschaft internationales Stirnrunzeln hervorrief. Mit seiner Jungfernrede beim NATO-Gipfel im Juni 1974 stahl er Nixon die Schau, indem er von der transatlantischen Versöhnung auf die Ölkrise («first things first») abstellte. Die Italiener verärgerte er durch unerwünschte Ratschläge («Einmischung»). In «Foreign Affairs» (vom April 1976) urteilte James O. Goldsborough: «Schmidt qualmt durch Europa und belehrt erst die Briten, dann die Franzosen, um schliesslich auch in Amerika den Amerikanern Lektionen zu geben.» Man ginge aber in der Annahme fehl, der neue Kanzler habe damit deutschen Vorrang und deutschen Führungsanspruch bekunden wollen. Die unvorsichtig-vorschnellen Erklärungen waren Temperamentsausbrüche

des Mannes, der die Einsamkeit der Kanzlerposition und das Gewicht auch geringster Äusserungen noch nicht erkannt hatte. Nach den ersten Pannen bekleistigte auch er sich der seiner Generation eigenen Zurückhaltung. Das gilt mutatis mutandis sogar für Franz-Josef Strauss, der trotz seines Temperaments die Lebenslehre der Hitlerjahre nicht vergessen hat.

Doch gerade auf ein Wiedererwachen deutscher Selbstüberhöhung bezieht sich zunehmend die Sorge des Auslands. Alfred Grosser konstatiert eine «neue Überheblichkeit». Den «Economist» verdriesst «*the German assertiveness*». Und allgemein wird Klage geführt über den neuen Selbstbehauptungs- und Gel tungswillen: «Wir sind wieder wer», «Für unsere D-Mark können wir das schliesslich verlangen.» Man spricht bereits, wenn auch nur in Analogie, vom «*ugly German*», wobei nicht zu erkennen ist, dass die jüngere, sich freier fühlende Generation einen rüderen Ton, eine neue Ruppigkeit an den Tag legt.

Die Angst, nicht geliebt zu werden

Es ist aber sehr fraglich, ob es sich dabei tatsächlich um eine neue Selbstgewissheit handelt oder nicht vielmehr um die alte verdeckte Unsicherheit: laut singen im Walde. Für letztere Deutung sprechen manche Anzeichen, so die Verunsicherung und Orientierungslosigkeit der Jugend, so die vielfältig hervortretende deutsche Angst vor der Angst vor den Deutschen. Dabei ist folgendes stereotype Ablaufschema zu beobachten:

Phase 1: Franzosen, Polen oder Sowjets glauben ein geheimes Einverständnis zwischen Bonn und Ostberlin zum Zwecke der Wiedervereinigung zu entdecken.

Phase 2: Solche Bestrebungen müssen verhindert werden.

Phase 3: Die Deutschen fühlen sich missverstanden und fürchten das Misstrauen.

Phase 4: Eine Fraktion der öffentlichen Meinung setzt sich für Entgegenkommen ein, um drohender Isolierung zuvorzukommen.

Im einzelnen: Das vermutete, den Status quo gefährdende, geheime deutsch-deutsche Einverständnis erscheint dem national und nicht ideo logisch denkenden Ausland als eine unabweisbare Forderung und ein unentrinnbares Schicksal. Dieser Verdacht ist so tief verwurzelt, dass im vorigen Jahr ein hoher französischer Beamter, dessen Identität nie offenbart worden ist, in einem pseudonym gezeichneten Artikel in «Le Monde» den unkonventionellen Vorschlag lancierte, Frankreich solle sich, um vom Wiedervereinigungsprozess nicht eines Tages überrollt zu werden, an seine Spitze stellen und die legitimen deutschen Forderungen aktiv fördern. Und polnische Oppositionelle haben in einem Manifest ihre Bereitschaft ausgedrückt, die deutsche Wiedervereinigung als Parallele zur Wiederherstellung der Einheit der polnischen Gebiete zu tolerieren.

Das Misstrauen blieb

Solche positiven Reaktionen sind jedoch die Ausnahme. Gemeinhin wird versucht, jede Wiedervereinigung

gungsregung durch festere Einbindung der jeweiligen Deutschen in ihr Lager im Keim zu ersticken. Denn dass Misstrauen ist unausrottbar. Selbst die amtlichen Kontakte des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik in Ostberlin erregen es, eines Mannes, der den Rang eines Staatssekretärs hat und die Funktionen eines Botschafters ausübt, dessen Tätigkeit sich jedoch auf Probleme beschränkt, die, sässe er in Den Haag oder Kopenhagen, einem Referenten übergeben würden (Besucherregelung, Trassenführung einer Autobahn usw.).

Auf dieses Misstrauen reagieren nun die Deutschen beleidigt, wenn es aus befreundeten Ländern kommt (Äusserungen Jean Genets, François Mitterrands usw.) oder wenn die Sowjets ihr Missfallen und Misstrauen kundtun, mit unverhohler Angst und mit dem Wunsch, das Misstrauen zu zerstreuen. Der mächtige Nachbar muss beruhigt, um nicht zu sagen be schwichtigt werden.

Wehnern zahlreiche provozierenden Äusserungen scheinen im Tiefsten in dieser Angstpsychologie begründet zu sein:

- die allen strategischen Erkenntnissen widersprechende Behauptung, die massive, selbst die täubischsten Tauben erschreckende sowjetische Aufrüstung sei rein defensiv, was nicht nur die Opposition, sondern auch Wehnerns Parteifreund, den Verteidigungs minister Apel, zu deutlicher distanzierender Korrektur veranlasste;
- die polternde Philippika gegen den (nicht namentlich genannten) Koalitionspartner, Vizekanzler, Aus senminister und FDP-Chef Gen-

scher, der als Bremser bei den MBFR-Verhandlungen fungiere und den Fortgang der Entspannungspolitik hindere;

- seine und seiner Anhänger Versuche, an der Regierung und am Auswärtigen Amt vorbei eine Aus senpolitik durch Parteikontakte anzuspinnen.

Wehner verfolgt mit dieser Politik die dreifache Absicht, für seine Partei die Abrüstung als erfolgversprechendes Thema des Bundestagswahlkampfes 1980 aufzubauen, dem Entspannungsprozess, den er für gefährdet hält, einen neuen Impuls zu geben und die durch die Unübersichtlichkeit der deutsch-deutschen Szene beunruhigte, durch die amerikanisch-chinesische Zusammenarbeit verunsicherte Sowjetunion günstig zu stimmen.

Mehr als eine Aufbesserung der Stimmung ist von Moskau freilich nicht zu erlangen; denn die innere Kohärenz der imperialen Ordnung in Osteuropa lässt autonome Öffnungen nach Westen nicht zu. Selbst eine deutsch-deutsche «special relationship» über das heutige Mass hinaus wäre systemgefährdet. Moskau erwartet von Bonn nun gewiss kein *renversement des alliances*, das es selbst nicht wünschen kann, vermutlich nicht einmal eine kontinentale Teilselbständigkeit von den USA (im Sinne etwa der einstigen Versuche von Macmillan und de Gaulle), wohl aber eine restriktivere Rolle in der NATO, die Vorleistungen und einseitige Abrüstungsvorhaben gutheisst.

Wehner und die Seinen können diese Vorstellungen gegen Kanzler und Koalition nicht durchsetzen, aber

sie können die offizielle Politik in Frage stellen, behindern, bremsen. Der vorherrschende aussenpolitische Immobilismus der Bundesrepublik ist nicht zuletzt dadurch mitbestimmt. Bonn röhmt sich, durchaus zu Recht, kleiner Erfolge wie des unter deutscher Präsidentschaft durchgesetzten Beitritts Griechenlands zur EG und entsprechender Schritte für Portugal und Spanien; der neuen Beziehungen

zu den Asean-Staaten; der anerkennenswerten, wenn auch nicht erfolgreichen Initiativen im südlichen Afrika, übersieht dabei aber die ausbleibenden, dringend erforderlichen Aktivitäten in der EG und in der NATO. Von Bonn gehen keine Impulse aus, die deutsche Kraft übersetzt sich nicht in Aktion.

Peter Coulmas

Sprüngli

Frucht-Gelee
und
Frucht-Carrés

Confiserie am Paradeplatz, Zürich
Stadelhoferplatz * Shop-Ville
Shopping-Center Spreitenbach
Einkaufszentrum Glatt

NOTZ

Edelstähle
Hartmetall-Werkzeuge
Kunststoffe
Siderurgische Produkte

Baumaschinen
Kommunaltechnik
Nutzfahrzeuge
Fördertechnik

Notz AG, CH-2501 Biel
Tel. 032 / 25 11 25 – Telex 34107